



# Juliette



## Außenpolitik

---

LIBERALE IDEEN  
IN EINER  
KOMPLEXEN WELT



## Liebe JuLis, liebe Leserinnen und Leser,

Außenpolitik – kaum ein anderes Thema dominiert die täglichen Nachrichten derzeit so sehr. Kein Wunder, schließlich ändert sich derzeit in fast jeder Ecke unserer Welt die politische und ökonomische Lage.

Besonders fällt mir dabei immer wieder auf, wie oft es der Präsident der Vereinigten Staaten in die Nachrichten schafft. Das liegt zum einen daran, dass Trump leider bekannt dafür ist, einen Konflikt nach dem anderen vom Zaun zu brechen. Zum anderen liegt es aber auch am Sensationshunger der Medien, die schon 2016 mit ihren täglichen Features einen beträchtlichen Teil zur Wahl Trumps beitrugen. Schade eigentlich, dass 2020 wohl genauso laufen wird.

Was mich wiederherum freut, ist die Tatsache, dass es auch in dieser Ausgabe der Juliette wieder mehr als genug JuLis gab, welche gerne einen Artikel über ein

außenpolitisches Thema schreiben wollten. Umso mehr freut es mich deshalb, euch in dieser Ausgabe eine Fülle an großartigen Artikeln präsentieren zu können. Dabei ist für jeden etwas dabei: Ob Handelskrieg mit den USA, NATO-Außengrenzen, oder Rüstungsexporte – eine große Bandbreite an Themen ist vertreten.

In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre.



**Valentin Gözl** ist Beisitzer für Publikationen und Chefredakteur der Juliette.

## IMPRESSUM

### Redaktion, Gestaltung und Satz

Valentin Gözl

### Verantwortlich i.S.d.P.

Valentin Gözl

### Herausgeber

Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.

Valentin Gözl

Rosensteinstraße 22

70191 Stuttgart

[www.julis-bw.de](http://www.julis-bw.de)

### Druck

DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

### Auflage und Bezug

1.750 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder, Interessenten und Unterstützer der Jungen Liberalen Baden-Württemberg sowie an Mandatsträger der Freien Demokraten.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Satzfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

### Bildrechte

Titelbild: [www.pexels.com](http://www.pexels.com).

Alle Portraits stammen von den jeweiligen Autoren. Alle verbleibenden Bilder wurden von Marvin Ruder aufgenommen.

# IN DIESER AUSGABE

## IMPULSE

- 06** Handelsstreit zwischen China und USA gefährdet Wohlstand  
*Renata Alt MdB*
- 08** Die schwierige Frage der Waffenexporte  
*Anna Neumann*
- 10** Byzanz' Echo und Russlands Ambitionen  
*Julian Barazi*
- 12** Das Südchinesische Meer als Gefahr für die Weltwirtschaft  
*Alexander Kulitz MdB*
- 14** Horizon-Europe – ein Sieben-Jahres-Plan für die Forschung?  
*Moritz Otto*
- 16** Die Zukunft der NATO  
*Hieronymous Eichengrün*
- 18** FaceOff: Deutsche Waffenexporte  
*Felix Haug und Sebastian Storz*
- 20** Democrats 2020 – leichtes Spiel für Trump?  
*Lionel Chambon*
- 22** Schweigen ist Silber, Reden ist Gold – mehr Dialog mit Russland wagen  
*Sven Nowak*

## Einladung zum 76. Landeskongress am 28. und 29. September in Tuttlingen

### Liebe Julis,

zum 76. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und unserem Workshop-Tag lade ich euch herzlich ein.

Wann? **28. – 29. September 2019**  
Wo? **Aula im Immanuel-Kant-Gymnasium  
Mühlenweg 15  
78532 Tuttlingen**

Anmelden könnt ihr euch bald auf unserer Website [www.julis-bw.de](http://www.julis-bw.de).  
Ich freue mich auf euch!

Beste Grüße,  
Euer Landesvorsitzender Valentin

# Ablauf und Tagesordnung

## Workshoptag und Neumitgliederseminar

Am 28. September finden vormittags **von 9 – 11 Uhr** verschiedene Workshops statt. Auch dieses Mal wird wieder eine große Bandbreite an Themen vertreten sein. Die Workshops werden geleitet von den LAK-Leitern, es wird dabei um die Antragsvorbereitung und die Erstellung von Änderungsanträgen gehen.

Die Workshops finden ebenfalls in der **Aula** statt. Ein genauer Raumplan wird aushängen. Zeitgleich findet im selben Gebäude ein **Neumitgliederseminar** statt. Alle Neumitglieder sind hierzu herzlich eingeladen, die JuLis und ihre Strukturen noch besser kennenzulernen.

## Sitzung des erweiterten Landesvorstands

Der erweiterte Landesvorstand tagt am Vorabend des Landeskongresses am **27. September um 19 Uhr voraussichtlich** im „**Légère Hotel Tuttlingen**“ (Königstraße 25, 78532 Tuttlingen). Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstands sind mitgliederoffen, du bist also herzlich eingeladen zu kommen!

## Tagesordnung

### Samstag

Check-in ab 9 Uhr

- 11 Uhr Beginn des Kongresses
- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 3 Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
- TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 5 Festlegung der Antragsreihenfolge
- TOP 6 Grußworte
- TOP 7 Satzungsänderungsanträge
- TOP 8 Rechenschaftsberichte
- TOP 9 Bericht der Ombudsperson
- TOP 10 Aussprache
- TOP 11 Entlastung der ausgeschiedenen Landesvorstandsmitglieder
- TOP 12 Nachwahlen zum Landesvorstand
- TOP 13 Wahl zum Landesschiedsgericht

- TOP 14 Wahl der Delegierten zum Bundeskongress
- TOP 15 Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundeskongress
- TOP 16 Antragsberatung

*Unterbrechung des Kongresses gegen 18:30 Uhr*

### Sonntag

Fortsetzung ab 10 Uhr

- TOP 17 Fortsetzung der Antragsberatung
- TOP 18 Termine und Ankündigungen
- TOP 19 Sonstiges
- TOP 20 Schlusswort des Landesvorsitzenden

*Ende des Kongresses gegen 15:00 Uhr*

**Anträge können bis zum 6. September 2019 eingereicht werden unter:**  
<http://julis-bw.antragstool.de/mitglieder/antrag-einreichen/>

# Handelsstreit zwischen USA und China gefährdet Wohlstand

**D**onald Trump wurde 2016 für das Versprechen gewählt, Industrie-Arbeitsplätze in die USA zurückzubringen. Seither verging kaum eine Woche, in der er nicht die wirtschaftliche Stärke anderer Staaten kritisierte oder über eine vermeintliche „Ausbeutung“ der USA twitterte.

**M**it einer zerstörerischen Außenpolitik und der „America First“-Ideologie versucht er, die USA zu neuer industrieller Stärke zurückzuführen. Stets auf den eigenen Vorteil und vermeintliche bessere Deals bedacht, zerstört Donald Trump bestehende Verträge und ignoriert grundlegende Prinzipien des euroatlantischen Wohlstands: freien Warenverkehr und faire Wettbewerbsbedingungen.

**I**m besonderen Fokus steht dabei die Volksrepublik China, mit der Trump aktuell im offenen Streit liegt. Die gegenseitige Verhängung von Importzöllen auf Produkte im Wert von mehr als 360 Mrd. US-Dollar scheint noch nicht genug. Anfang Juni drohte der US-Präsident mit weiteren Strafmaßnahmen und heizte den Konflikt weiter an. Dabei pokert der amerikanische Präsident hoch. Der bilaterale Warenaustausch hatte 2017 einen Wert von gut 700 Mrd. US-Dollar. US-Exporte nach China sichern rund 1,8 Mio. Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, in Dienstleistungen und weiteren Industrien.

**D**och die Entwicklungen seit Trumps Amtsantritt zeigen vor allem eins: Protektionismus und Populismus schaffen keine Arbeitsplätze. Das Economic

Policy Institute schätzt, dass durch die auf Aluminium und Stahl verhängten Zölle lediglich 300 direkte und 2000 indirekte Arbeitsplätze geschaffen wurden – bei einem wirtschaftlichen Schaden von gut 800.000 US-Dollar pro neuem Arbeitsplatz!

**D**iese Argumente stoßen beim US-Präsidenten auf taube Ohren. Auch, weil seine nationalistische Ideologie Nachahmer in Mitteleuropa findet. Sowohl der tschechische Premier Andrej Babis als auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán senden offen nationalistische und protektionistische Töne aus. Aber auch, weil der Präsident in seiner brüskten Art richtige und wichtige Punkte anspricht, die im Umgang mit China selbstverständlich werden sollten: Die stärkere Öffnung des chinesischen Markts für ausländische Unternehmen, ein Ende staatlich subventionierter Exporte, die Abkehr vom erzwungenen Technologietransfer und besseren Schutz gegen den Diebstahl von geistigem Eigentum.

**V**or diesen Herausforderungen stehen auch deutsche Firmen, die in China aktiv sind. Daher fällt insbesondere der EU nun eine Schlüsselrolle in der Ausgestaltung eines fairen Handelssystems zu. Denn gegenseitige Zollschranken und abgeschottete Märkte oder gar der Wegfall des amerikanischen oder chinesischen Marktes hätte für deutsche Unternehmen gravierende Nachteile. Es ist daher auch im deutschen Interesse, eine gemeinsame europäische Antwort auf diese Herausforderungen zu entwickeln.

**D**azu bedarf es vor allem Investitionen in die Zukunft. Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur – analog wie digital – verbindet heimische Unternehmen mit globalen Konsumenten und ermöglicht erst die Erschließung neuer Märkte. Eine steuerliche Forschungsförderung setzt zusätzliches Kapital für die Erforschung und Entwicklung innovativer Methoden und Produkte frei. Dies ist nötig, um Deutschlands und Europas Wirtschaft auch morgen wettbewerbsfähig zu halten.

**D**och alles steht und fällt mit den Menschen. Ohne qualifizierte Fachkräfte bleiben Innovation und Produktion auf der Strecke. Kurzfristig kann der schon bestehende Mangel durch ausländische Arbeitnehmer ersetzt werden. Mittel- bis langfristig ist das aber keine Option. Deutschland und Europa können es sich nicht leisten, die hellsten Köpfe beispielsweise vom Westbalkan oder aus Afrika abzuwerben. Dadurch fallen diese Regionen wirtschaftlich immer weiter zurück, mit allen gravierenden Folgen, von steigender Jugendarbeitslosigkeit und Verarmung bis zu neuen Fluchtbewegungen in die EU. Die Stärkung des dualen Bildungssystems in Deutschland sollte daher ebenso Priorität genießen wie die Entwicklung freier, fairer und verlässlicher Handelsabkommen.

**M**it Blick auf China sind die für 2020 geplante Verabschiedung eines Investitionsschutzabkommens und die zugesagte Öffnung des chinesischen Marktes wichtige erste Schritte. Doch dabei dürfen wir es nicht belassen. Stattdessen sollte die EU ein modernes und umfangreiches Handelsabkommen vorantreiben, um die wirtschaftlichen Beziehungen noch zu vertiefen, durch transparente Regeln für (digitale) Dienste, den Schutz des

geistigen Eigentums und die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen.

**F**ür die exportstarke und mittelständisch geprägte Wirtschaft unserer Region rächt es sich nun, dass EU-Kommission und Bundesregierung im Januar 2017 das TTIP-Abkommen auf Eis legten. Umso wichtiger ist es, die Chance auf ein „TTIP Light“ zu nutzen. EU-Handelskommissarin Malmström führt Gespräche mit den USA, um ein limitiertes Freihandelsabkommen zu erreichen. Dieses soll alle Industriegüter umfassen und die gegenseitigen Zollschranken komplett abbauen.

**M**it der Ratifizierung des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA kann sich die Bundesregierung zeitnah und eindeutig gegen protektionistische Tendenzen positionieren. Damit würde sich Deutschland zum Abbau von Handelshemmnissen bekennen und gleichzeitig unsere hohen Standards als Rechtsgrundlage verteidigen und der Globalisierung faire Regeln geben. Ein Signal, das wir selbstbewusst an unsere wichtigsten außer-europäischen Handelspartner schicken müssen!



---

**Renata Alt MdB** ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Obfrau im Unterausschuss Zivile Krisenprävention.

# Die schwere Frage der Rüstungsexporte

*Die Frage nach Rüstungsexporten polarisiert immer wieder. Aktuelle emotionale Debatten über den Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien machen ein weiteres Mal die Komplexität derartiger Diskussionen deutlich. Dabei müsste zumindest der rechtliche Standpunkt klar sein: Sowohl die europäische als auch die bundesdeutsche Rechtslage gibt detailliert vor, welche Kriterien bei Rüstungsexporten in Drittstaaten einzuhalten sind. Dennoch wird der Rechtsrahmen teils rigoros missachtet. Ist eine Einhaltung der geltenden Rechtslage denn wirklich zu viel verlangt?*

**U**m der Diskussion über Rüstungsexporte folgen zu können, müssen wir im Vorfeld den rechtlichen Rahmen ausleuchten. Sowohl in der Europäischen Union als auch in der Bundesrepublik Deutschland verfügen wir über klare Rechtsrahmen, was den Handel mit Rüstungsexportgütern betrifft: In Deutschland wird der Handel mit solchen Gütern vom Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) definiert. Zusätzlich wird der Rechtsrahmen durch die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Rüstungsgütern bestimmt. In besagten politischen Grundsätzen ist angeführt, dass der Beachtung von Menschenrechten im Bestimmungs- und Endverbleibland bei der Entscheidung über einen Rüstungsexport ein besonderes Gewicht beizumessen ist.

**A**m Beispiel Saudi-Arabien lässt sich die Problematik mit

Rüstungsexporten gut skizzieren. Saudi-Arabien's Machtinhaber Mohammed bin Salman wurde in Teilen der Presse als Reformator gefeiert. Er wolle den Islam reformieren, eine Abkehr vom Wahabismus einleiten, Frauen hat er „sogar“ das Recht zum Autofahren eingeräumt. Schon damals gab es genügend Fakten, um festzustellen, dass nichts dergleichen in Saudi-Arabien erfolgt. Zu oft wurden die Menschenrechte in Saudi-Arabien verletzt. Neben der Staatspolizei finden sich auf den Straßen Saudi-Arabien's Religionspolizisten, die dafür zuständig sind, die radikale Auslegung des Islams zu überwachen.

**U**nd dann ist da der Fall, der das Fass zum überlaufen brachte: Die grausame Ermordung Jamal Khashoggis in der saudi-arabischen Botschaft in der Türkei. Der Aufschrei nach dem Mord am saudi-schen Journalisten war groß. Ein Waffenembargo für Saudi-Arabien seitens der Bundesregierung wurde ausgesprochen. Ich bin der Meinung: Hätte man alles schon vorher wissen können.

**T**rotz des gemeinsamen Standpunktes der EU kommt es hier immer wieder zu großen Diskussionen, wenn über mögliche Rüstungsexporte entschieden wird. Nach dem Mord am Journalisten Jamal Khashoggi wurde dies überdeutlich: Die deutsche Regierung reagierte mit einem kurzzeitigen Waffenembargo für Saudi-Arabien. Die französische Regierung in persona von Emmanuel Macron reagierte prompt und sparte nicht mit Kritik an der Bundesregierung. Waffenexporte nach

Saudi-Arabien müssen fortgesetzt werden, so damals Macron.

**V**iel mehr müsste die französische Regierung an das Einhalten des eigenen Rechts erinnert werden. Keiner verlangt von den Franzosen Unmögliches. Eingefordert wird lediglich die Einhaltung geltenden Rechts auf europäischer Ebene – ein Recht, welches Frankreich mit verabschiedet hat!

### Die Lösung liegt in der EU

**D**as Zusammenführen der zwei unterschiedlichen Positionen scheint ein aussichtsloses Unterfangen. In der Debatte wird dies oft von denjenigen ausgenutzt, die Extrempositionen umsetzen wollen: Während die eine Seite die Lösung in einem kompletten Verbot der Rüstungsexporte sieht, verliert die andere Seite oftmals den Blick für das richtige Maß.

**E**ine Lösung die Rüstungsexporte weder komplett untersagt, noch mit sinnvollen Maßstäben reglementiert, scheint in weiter Ferne. Klar ist: Wir müssen auf europäischer Ebene zu einer Lösung dieser Frage kommen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Nationale Lösungen werden uns in Zeiten gemeinsamer Rüstungsprojekte keinen Schritt weiterbringen. Der Gemeinsame Standpunkt des Europäischen Rates von 2008 ist ein guter Anfang. Die Bekenntnisse zu Menschenrechten und humanitären Völkerrecht sind integraler Bestandteil der EU und des Westens – wer diese Werte nur nach Gutdünken befolgt, macht sich selbst unglaubwürdig.

**N**eben einer Lösung mit Maß und Mitte brauchen wir ebenfalls mehr Differenzierung in der Debatte selbst. Potenziell kann selbst ein Schlauchboot in

die Kategorie Rüstungsexport fallen. Ein Schlauchboot wird im Gegensatz zu einem Panzer keine Bevölkerung unterdrücken können – und deswegen ist es wichtig und richtig, dass transparent offen gelegt wird, welche Güter in Drittstaaten verschifft werden. Ein Rüstungsexport ist nicht immer gleich ein Panzerexport, weshalb diese Differenzierung in der Debatte notwendig ist.

### Was nun tun?

**E**ine europäische Lösung zu einer liberalen Rüstungsexportpolitik im 21. Jahrhundert wird alles andere als ein Selbstläufer. Bei einer solchen Frage kommen sehr viele unterschiedliche Meinungen an einem Tisch zusammen. Sollten wir deswegen die Debatte scheuen? Ganz sicher nicht. Es kann nicht Anspruch einer liberalen, lösungsorientierten Politik sein, Themen gerade dann unter den Tisch fallen zu lassen, wenn der Lösungsweg schwierig ist. Und warum das so ist? Dazu hat schon Hans-Dietrich Genscher die richtigen Worte gefunden: Denn die Pflicht, Leben zu schützen, schulden wir nicht den Ländern, sondern den Menschen.



**Anna Neumann** ist Beisitzerin im Landesvorstand der JuLis NRW und beschäftigt sich vorrangig mit außenpolitische Themen.

# Byzanz' Echo und Russlands Ambitionen

**R**usslands Politik ist revisionistisch. Um zu verstehen, warum, kann man drei Beweggründe betrachten: Messianismus, Geopolitik und Autoritarismus.

**F**ür die längste Zeit war das russische Selbstverständnis das des Dritten Roms. Nachdem Konstantinopel 1453 an die Osmanen fiel, führte das Russische Reich als christlich-orthodoxes Reich Byzanz' Erbe fort. Auch die außenpolitische Ideologie der Byzantiner wurde übernommen: Katechon.

**K**atechon, ein messianisch-biblisches Konzept, sieht einen Staat auf Erden vor, der als Schild Gottes agiert und das Christentum konkret vor seinen Feinden schützt. Der konkrete Feind war für Byzanz seit dem siebten Jahrhundert der Islam. Für Russland war dieses Feindbild die muslimische Goldene Horde, Nachfolger der Mongolischen Invasoren. Als Russland schließlich proklamierte, die Schutzmacht aller Christen im Orient zu sein, führte dieser Anspruch zum Krimkrieg, den Russland 1856 verlor.

**N**ach der Oktoberrevolution 1917 verschwand Katechon von der Weltbühne. Aber das russische Selbstverständnis als erkorenes Land setzte sich unter dem Kommunismus fort. Es war die "heilige" Aufgabe der Kommunisten der Welt die UdSSR zu schützen. Der zweite Weltkrieg wurde zum heiligen Krieg erklärt. Das passende Lied (Священная война / Heiliger Krieg) wird bis heute jedes Jahr zur Feier des Sieges über die Nazis gespielt.

**N**ach dem Zerfall der UdSSR setzte ein ideologisches Vakuum in Russland ein. Doch die neue Führungsriege verstand schnell, die wiedererstarke orthodoxe Kirche als Machtinstrument zu nutzen, um sich Legitimität zu verschaffen.

**M**it einer starken Rolle der Kirche im Staat kehrte der Messianismus in die russische Politik zurück. Diese Rückkehr verdeutlicht sich in der Beschreibung des Westens und Russlands: Putin sagte einmal, die USA seien kein weißes und christliches Land mehr. Manche russische Diplomaten äußerten sogar, dass Russland das letzte europäische Land sei. Wir im Westen haben uns, laut dieser Logik, durch Rechte für Homosexuelle, Transgender und Frauen von unseren christlichen Werten verabschiedet. Damit bleibe nur noch ein Staat auf Erden, der als Schild Gottes das "wahre" Christentum verteidigen kann: Russland.

**D**er Kampf für Al-Assad in Syrien wird in den russischen Medien als eine Art "heiliger Krieg" dargestellt. Die Abspaltung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche von der Russischen Kirche in diesem Jahr bestätigt wiederum die Annahme, dass es im neuen Ost-West-Konflikt um mehr als Territorium geht. Seit dem Ende der Sowjetunion hat Russland zwar keine offizielle Staatsideologie mehr, dennoch sehen wir eine Rückkehr des messianischen Selbstverständnisses.

**A**us geopolitischer Sicht verfügt Russland in Europa über keine natürlichen

Grenzen. Es gibt keine Bergkette, keinen Fluss entlang Russlands europäischer Grenzen. Diese Abwesenheit natürlicher Hindernisse für ausländische Invasoren bereitete den Herrschern Russlands jahrhundertlang Kopfzerbrechen. Sie kehrten immer wieder zum selben Verhaltensmuster zurück: Wenn du keine natürlichen Grenzen hast, expandiere, bis du welche findest. Im äußersten Osten Europas führte diese Haltung dazu, dass Russland seit dem Sieg über die Goldene Horde immer weiter expandierte, bis es schließlich 16 Prozent der Landfläche der Erde kontrollierte. Dazu kommt, dass Russland praktisch keine ganzjährig eisfreien Häfen besitzt. Das Fehlen natürlicher Grenzen und eisfreier Häfen spielt in der russischen Denke auch heute noch eine große Rolle.

**A**us dieser Sicht würde der Verlust der Ukraine den Verlust einer wichtigen Pufferzone bedeuten.

**I**ch glaube dabei nicht, wie viele „Putinverstehler“, dass Russland sich mit seiner aggressiven Außenpolitik legitim gegen eine Bedrohung durch den Westen verteidigt. Obwohl in MGIMO, Russlands politisch-diplomatischer Kadenschmiede größtenteils klassische Geopolitik unterrichtet wird, ist diese Weltsicht heute realitätsfremd. Die Welt hat sich verändert: Geographie spielt eine geringere Rolle, als es in der Vergangenheit der Fall war, und das aus einem ganz einfachen Grund: Russland verfügt über ein Arsenal an Atomwaffen, das jeden realpolitischen Nutzen eines militärischen Vorgehens gegen Russland ausschaltet. Der Mangel einer natürlichen Grenze wird durch Massenvernichtungswaffen kompensiert.

**E**ine reelle Gefahr für jedes autoritäre Regime ist jedoch eine demokratische

Revolution seiner eigenen Bevölkerung. Demokratien entwickeln sich wirtschaftlich schneller als Autokratien. Es gibt Ausnahmen, wie China, aber für jedes China gibt es etliche Venezuelas. Bessere Lebensqualität ist ein Argument, das Menschen weltweit überzeugt. Die drastischen Unterschiede zwischen den Fortschritten in Estland, Lettland und Litauen und der Entwicklung von ehemaligen Sowjetrepubliken außerhalb der EU sind ein starkes Argument für ukrainische und georgische Demokraten.

**W**ir sind keine Bedrohung für Russland, sondern für die Mafia, die es kontrolliert. Eben weil wir ein erfolgreiches, demokratisches Gegenmodell bieten und weil wir beweisen, dass LGBTQ+ und Frauenrechte nicht zur Endzeit und dem jüngsten Gericht führen. Die russische Regierung wird uns deshalb solange als Gefahr sehen, wie wir zu unseren Werten stehen und solange Russland eine Autokratie messianischer Prägung ist. Solange wird das Kabal um Putin herum auch Populisten in Europa unterstützen: Sie wollen uns spalten, uns zum Werteverrat verführen und expandieren.



**Julian Barazi** ist JuLi-Mitglied im Kreisverband Tübingen und arbeitet als Staatsschuldenanalyst bei Moody's.

# Das Südchinesische Meer als Gefahr für die Weltwirtschaft

**E**s ist verständlich, dass der amerikanische Präsident seit seinem Amtsantritt die volle Aufmerksamkeit der Europäer beansprucht. Der Kurs des Landes, das einst zu den engsten Verbündeten zählte, ist von heute auf morgen unberechenbar geworden. Donald Trumps Äußerungen lassen darauf schließen, dass ihm die westliche Wertegemeinschaft suspekt ist.

**B**ei all der berechtigten Aufmerksamkeit für Präsident Trumps Politik, müssen sich die Europäer dennoch der Frage stellen, ob nicht die Volksrepublik China die größere Herausforderung für die westliche Wertegemeinschaft darstellt. Hinweise dafür gibt es einige. China ist nicht nur zu einer ökonomischen und militärischen Supermacht herangewachsen, sondern fordert auch mit immer mehr Nachdruck die westliche Wertegemeinschaft mit eigenen Interessen, die Konzepte wie Demokratie und Menschenrechte ablehnen, heraus. Über lange Zeit hatten einige demokratische Regierungen die Hoffnung geäußert, das kommunistische Land könne sich im Zuge seiner marktwirtschaftlichen Öffnung zu einem liberalen und demokratischen Partner in der Weltgemeinschaft entwickeln. Diese naive Hoffnung wurde von realpolitischer Erkenntnis überholt. Der Einparteiensstaat ist heute autoritärer denn je, und die Arbeit der Strategen, die ihre Arbeit mit Geduld und absoluter Stringenz verfolgen, zeigt Wirkung.

**I**n Ostasien hat sich China militärisch eine regionale Vormachtstellung aufgebaut.

Die chinesische Regierung erhebt seit Jahren Anspruch auf nahezu das komplette Südchinesische Meer, inklusive der Spratly-Inseln. Die Region ist eine der schnellsten wachsenden Wirtschaftszonen mit einer sehr großen Bevölkerungszahl. Das Seegebiet wird militarisiert; Inseln aufgeschüttet, Flugzeuglandebahnen sowie Raketenabwehrsysteme aufgebaut und Schiffpatrouillen eingesetzt, um die Kontrolle und die Machansprüche zu zementieren. Ein Ziel der KP-Führung ist, die Hegemonie der USA als bisherige Schutzmacht der Region zu brechen. Die Regierungen Japans, Südkoreas und Taiwans sehen sich mit schwindendem Einfluss der Amerikaner in der Region immer mehr den entgegengesetzten Interessen Chinas ausgesetzt.

**E**twa die Hälfte der Handelsschifffahrt der Welt nutzt die Route durch das Südchinesische Meer. In Zahlen entspricht der transportierte Warenwert auf dieser Strecke rund 4.5 Trillionen Euro pro Jahr. Sowohl die USA als auch die chinesischen Anrainerstaaten sehen sehr wohl die Gefahr einer militärischen Nutzung der künstlich durch China aufgeschütteten Inseln. Wer das Südchinesische Meer kontrolliert, kontrolliert de facto den Welthandel. Sollten diese Handelswege jemals blockiert werden, hätte dies katastrophale Auswirkung auf die Handelsströme, auch der europäischen Länder.

**E**in weiteres geo-strategische Interesse an der Region besteht aus energiepolitischen Gründen, da unter dem

Meeresboden riesige Gas und Ölreserven vermutet werden: Nach Angaben der Weltbank sollen im Südchinesischen Meer mindestens sieben Millionen Barrel Öl und geschätzte 25 Trillionen Kubikmeter Erdgas lagern. Diese Reserven könnten Chinas Energieversorgung auf viele Jahre sicherstellen.

**Z**eitgleich arbeitet China an dem bisher größten geostrategischen Projekt des Landes: der „One Belt One Road Initiative“. Das Projekt soll auf Land- wie Wasserwegen China mit Europa und anderen Teilen der Welt verbinden. Durch bereits gebaute Eisenbahnstrecken und Pachtungen von Häfen in Europa, baut China seinen Einfluss in der EU seit Jahren gezielt aus. Das langfristige Ziel der chinesischen Regierung scheint es, den Einfluss in der EU massiv zu erhöhen was eine weitere politische Schwächung unserer Institutionen zur Folge hätte.

**W**enn wir Europäer uns in der aktuellen Außenpolitik daher nur mit den Präsidenten Trump und Putin beschäftigen, könnte China am Ende der lachende Dritte sein. Eine geschwächte NATO, eine geschwächte EU, ein unwürdig auftretender Präsident des stärksten Landes der liberalen Wertegemeinschaft: Die Türen für mehr weltpolitische Dominanz öffnen sich für China immer weiter.

**I**nternational werden Militär und sicherheitspolitische Strategien mehr und mehr als Garant und Nötigungsmittel eingesetzt, um eigene Außenwirtschaftsinteressen durchzusetzen. Gerade als Exportnation hat Deutschland ein immenses Interesse an freiem und fairem Handel. Das Verständnis, dass Handelspolitik die internationalen Beziehungen diktiert, ist im politischen Umfeld noch nicht überall

durchgedrungen. Schlüssel für eine liberale Außenpolitik von morgen muss daher eine kluge und weitsichtige Handelspolitik sein. Als JuLis seid ihr die Generation, welche die politischen Versäumnisse von heute ausbaden muss. Die gemeinsame Suche nach cleveren und innovativen politischen Lösungen für einen regelbasierten Handel im 21. Jahrhundert sollte heute schon unser Ziel sein, um morgen auf den Weltmärkten als wirtschaftlich starker Partner wahrgenommen zu werden. Nur so können wir unsere einzigartige ökonomische Struktur der inhaber- und familiengeführten mittelständischen Unternehmen und ‚hidden champions‘ erhalten, die schon heute die Prosperität unserer Gesellschaft garantieren. In diesem Sinne, lasst es uns anpacken und gemeinsam eine liberale und sichere Zukunft für kommende Generationen gestalten.



**Alexander Kulitz MdB** ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Sprecher für Außenhandel und Außenwirtschaft.

# Horizon Europe – ein Sieben-Jahres-Plan für die Forschung?

*Per scientiam ad iustitiam* – diese Worte prangen auf dem Grabstein des 1935 verstorbenen Magnus Hirschfeld in Nizza. Auch wenn der jüdische Arzt und Sexualwissenschaftler sein großes Ziel, die Abschaffung des § 175 StGB, nicht mehr miterleben durfte, leisteten seine wissenschaftlichen Beiträge zur Geschlechterforschung und sein Engagement im Kampf gegen die Unterdrückung homosexueller Menschen entscheidende Pionierarbeit zu Beginn des 20. Jahrhundert. Wissenschaftlicher Fortschritt, egal ob geistes- oder naturwissenschaftlicher Prägung, hat das Potential, gesellschaftliche Gruppen zu entmarginalisieren, todbringende Krankheiten auszurotten und Frieden und Wohlstand auf der Welt zu sichern.

**W**issenschaft kennt keine Grenzen – weder im Denken noch auf der Landkarte. Viele erfolgreiche Großforschungsprojekte, wie etwa der gelungene Nachweis der von Albert Einstein postulierten Schwarzen Löcher, wären ohne länderübergreifende Kooperation und Finanzierung undenkbar gewesen. Das aktuelle europäische Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 läuft zum Ende des nächsten Jahres aus. Zu seinem Nachfolgeprogramm Horizon Europe hat sich der Europäische Rat im April 2019 auf einen Entwurf mit den wichtigsten Zielen und Maßnahmen geeinigt. Dieser sieht ein Förderprogramm mit einem Gesamtvolumen von 100 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2021 bis 2027 vor, das in drei Säulen mit unterschiedlichen Anliegen gegliedert ist. Im Rahmen der ersten Säule

Wissenschaftsexzellenz besteht das Ziel darin, hochqualifizierte Wissenschaftler aller Disziplinen aus der ganzen Welt, deren Tätigkeitsschwerpunkt in der EU liegt, langfristig zu fördern. Alleiniges Auswahlkriterium ist dabei die wissenschaftliche Exzellenz. Über die Vergabe von Fördergeldern entscheidet der Europäische Forschungsrat, der sich aus Wissenschaftlern, Ingenieuren und Akademikern zusammensetzt und von der Europäischen Kommission berufen wird. Demgegenüber steht die Säule Innovatives Europa mit der Aufgabe, gezielt Forschung zu fördern, die wirtschaftlichen Mehrwert und ökonomisches Wachstum hervorzubringen verspricht. Dazu soll ein Innovationsrat mit unabhängigen Mitgliedern geschaffen werden, dessen Aufgabe darin besteht, Sprunginnovationen mit hohem Risiko zu identifizieren und gezielt zu fördern. Darüber hinaus möchte er kleine und mittlere Unternehmen bei der schnellen Expansion unterstützen. Den Löwenanteil des Programms mit einer Fördersumme von 53 Mrd. Euro macht allerdings die Säule Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas aus. Gebündelt in die fünf Cluster Gesundheit, Inklusion und sichere Gesellschaft, Digitalisierung und Industrie, Klima, Energie und Mobilität sowie Lebensmittel und natürliche Ressourcen sind hier diverse Fragestellungen aufgeführt, zu denen sich die Politik wissenschaftliche Lösungsansätze erhofft und die diese gezielt fördern möchte. Hierzu zählen beispielsweise die Erforschung intelligenter Schifffahrtslösungen oder integrativer Bioökonomiemuster.

Öffentlich finanzierte Forschung befindet sich stets in einem inneren Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit der Wissenschaft und der Notwendigkeit, sich gegenüber der Gesellschaft zu rechtfertigen und dieser einen größtmöglichen Nutzen zu stiften. Auch wenn das neue Forschungsrahmenprogramm umfangreicher als alle seine Vorgänger werden soll und eine vernünftige Balance der unterschiedlichen Wissenschaftsbereiche vorsieht, zeugt der finanzielle Fokus auf die verschiedenen Cluster mit detailreichen Zielvorgaben von der Vorstellung, dass Forschung politisch gesteuert und deren Output forciert werden könne. Dies bremst nicht nur die Kreativität der Wissenschaftler, sondern generiert auch einen Bewerbungsprozess, an dessen Ende im Zweifelsfall nicht die höhere fachliche Qualifikation, sondern die bessere Adaption an die politisch gesetzten Kriterien das Rennen macht. Die Förderung wirklich visionärer Vorhaben scheitert womöglich daran, dass sie sich keinem der definierten Ziele unterordnen lassen.

Finanzielle Ausstattung alleine wird zudem keine Spitzenforschung hervorbringen, wenn die dafür nötigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fehlen. Zahlreiche junge Menschen, die teilweise bereits sehr gut in der Forschung vernetzt sind und eigene Arbeiten publiziert haben, verlassen trotz ihres Talents und ihrer Motivation nach der Promotion oder bereits nach dem Studium die Wissenschaft und fallen als Ideengeber und Innovationsmotoren in der Forschung aus. Viele dieser Menschen wären gerne langfristig mit der Wissenschaft verbunden geblieben, sehen aber aufgrund der unsicheren Karrierewege und zäher Bürokratie für sich keine Perspektive in der Forschung. Um dem entgegenzuwirken,

brauchen wir personalpolitische Hochschulreformen und eine Neujustierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Wirtschaft. Dazu gehören neben längerfristigen Arbeitsverträgen für PostDocs und einer angemessenen Repräsentation des Mittelbaus in den hochschulinternen Entscheidungsgremien auch einen selbstverständlicheren Berufswechsel zwischen Unternehmen und Universitäten. Dies erfordert eine Reduzierung des universitären Beamtenwesens, damit Mitarbeiterstellen in der Forschung flexibler und fachbezogener besetzt werden können. Wir sollten dabei zu der Erkenntnis gelangen, dass eine engere Verzahnung von Industrie und Forschung nicht nur der besseren Verständigung und somit der rascheren Implementierung wissenschaftlichen Fortschritts dient, sondern Voraussetzung dafür ist, dass die Entscheidung talentierter junger Menschen für eine wissenschaftliche Tätigkeit über die Promotion hinaus kein Karriererisiko mehr darstellt. Nur wenn die Wissenschaft als Beschäftigungsfeld attraktiver wird und vielfältigere Perspektiven bietet, wird sie in Zukunft in der Lage sein, im internationalen Vergleich Schritt zu halten.



**Moritz Otto** ist Kreisprogrammatiker der JuLis Karlsruhe und promoviert derzeit in stochastischer Geometrie am KIT.

# Die Zukunft der NATO

**I**m Vorlauf der Europawahl waren sich die meisten Parteien wenigstens in einer Sache einig: Die EU war in den letzten 70 Jahren der Friedensgarant auf unserem einst kriegsgeplagten Kontinent. Und wenn die Europäische Union beim Erhalt des Friedens zweifelsohne ein entscheidender Faktor war, wird die andere Institution, die es uns ermöglicht, in Frieden und Freiheit zu leben, oft geflissentlich übersehen: Die NATO.

**D**ie Geschichte des Nordatlantikbündnisses ist eine Erfolgsgeschichte. Als Schutz Kontinentaleuropas gegen die sowjetische Aggression konzipiert, sicherten Europäer und Amerikaner gemeinsam die Freiheit Westeuropas gegen die expansionistischen Bestrebungen der UdSSR. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen viele Stimmen auf, die die NATO jetzt, da ihr ein gleichwertiger Gegner fehlte, als überflüssig bezeichneten. Doch das Bündnis erfand sich als Werteverbund neu, im Kosovokrieg konnte die entschiedene Intervention der NATO einen Genozid an den Kosovoalbanern verhindern. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 musste sich die NATO wiederum reformieren, hin zu einer weltweiten Kriseninterventionsmacht, die sich nicht mehr primär gegen von Staaten ausgehenden Bedrohungen, sondern gegen nichtstaatliche Akteure verteidigen muss. Es schien so als wäre die ursprüngliche Mission die konventionelle gemeinsame Landesverteidigung in Ermangelung eines ernstzunehmenden Gegners irrelevant geworden.

**V**ladimir Putin zerstörte auf recht unsanfte Weise diese Illusion, als er 2014 völkerrechtswidrig die Krimhalbinsel besetzte. Zusammen mit seiner umfassenden Unterstützung des Assad-Regimes und später mit der schleichenden Invasion der Ostukraine machte der Autokrat aus dem Kreml klar, dass er die NATO als Gegner betrachtet und vor militärischer Gewalt nicht zurückschreckt. Die Gefahr, die von diesem aggressiv auftretenden Russland ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Die baltischen Staaten und Polen haben zu Recht Angst vor asymmetrischen Angriffen wie in der Ostukraine.

**M**it diesem Hintergrund, und auch im Hinblick auf eine immer selbstbewusster auftretende Volksrepublik China, wäre eine handlungsfähige, strategisch stringente NATO bitter nötig. Wir erleben momentan das exakte Gegenteil. Ein US-Präsident stellt die NATO tagtäglich in Frage, während die europäischen Staaten sich weigern, ihren fairen Beitrag zur kollektiven Sicherheit zu leisten. Mitgliedsländer wie die Türkei und Ungarn treten nicht nur die Werte, auf denen die NATO basiert, mit Füßen, sondern rücken demonstrativ immer näher an Moskau. Dieses Chaos ist für die Autokraten dieser Welt ein gefundenes Fressen. Man kann beobachten, wie vor allem Russland diese Uneinigkeit ausnutzt, etwa beim Nordstream-2-Projekt oder beim Verkauf von russischen Flugabwehrsystemen an die Türkei.

**I**st die NATO noch zu retten? Und vor allem, was können wir tun, um Sie zu retten?

**E**in erster Schritt wäre es, endlich unsere gegebenen Versprechen einzuhalten und 2% des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Unsere Bundeswehr wurde über Jahrzehnte hinweg chronisch unterfinanziert, und auch jetzt sind die bereitgestellten Mittel nicht ausreichend, um unsere Soldaten vernünftig auszustatten und unseren Bündnispflichten nachzukommen. Wir müssen uns darüber klar werden, dass es Sicherheit eben nicht zum Nulltarif gibt. Und es ist ohne Zweifel richtig, dass die USA den Löwenanteil der gemeinsamen Verteidigung tragen und finanzieren, und wir Europäer, aber vor allem wir Deutsche uns gemütlich als Trittbrettfahrer dranhängen. Besonders effektiv wäre dieser Schritt natürlich, wenn er mit einer zunehmenden europäischen Verteidigungsintegration einhergehen würde. So könnten wir die militärischen Kapazitäten aufbauen, um einerseits Russland die Stirn zu bieten und andererseits die Amerikaner zu entlasten, die sich dann auf andere Weltregionen wie Ostasien konzentrieren könnten. Ein großes transatlantisches Konfliktfeld wäre so aus der Welt geschafft.

**D**er Riss, der sich zwischen den Europäern und Amerikanern aufgetan hat scheint aber tiefer. Obwohl wir durch lange Freundschaft verbunden sind, gemeinsame Werte und strategische Interessen teilen, scheint es eine gewisse Dissonanz zwischen den Ländern und Menschen auf den verschiedenen Seiten des Atlantiks zu geben. Wie kann man dem entgegenwirken? Essentiell ist hier, dass man die persönlichen Kontakte auf allen Ebenen fördert, vor allem zwischen den jüngeren Menschen. Schüleraustausche, gemeinsame Seminare für angehende Akademiker und Nachwuchspolitiker, all das hilft Verständnis für die Anliegen und

Besonderheiten der anderen Seite aufzubauen, und all das schmiedet die Freundschaften, die jahrelang die der Grundstein der transatlantischen Beziehungen waren.

**D**arüber hinaus müssen wir als NATO wehrhaft unsere Werte vertreten. Konkret bedeutet das Unnachgiebigkeit im Umgang mit Mitgliedsstaaten wie der Türkei, die die Menschenrechte missachten. Da die NATO hier selbst wenig Handhabe hat, solches Verhalten zu sanktionieren, sind hier die großen Mitgliedsstaaten, auch Deutschland gefragt. Das bedeutet aber auch, uns nicht von Putins Einschüchterungsversuchen ins Bockshorn jagen zu lassen. Auch weiterhin sollten wir den Ländern, die Mitglieder der NATO werden wollen, mit ausgestreckter Hand entgegenkommen. Das gilt besonders für diejenigen, die Russland in seiner Einflussphäre wähnt, wie etwa Georgien.

**D**ie NATO ist der beste, und vielleicht der einzige Weg, wie wir Frieden und Freiheit weltweit schützen und erweitern können. Geben wir dieses Erfolgsmodell nicht leichtfertig auf. Arbeiten wir daran, es besser zu machen.



**Hieronymus Eichgrün** ist Landesarbeitskreisleiter Europa, Außen & Verteidigung.

**A**n der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hängen rund 410.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Die SVI ist mit ihren 135.700 oft hochqualifizierten, direkten Beschäftigten untrennbar mit der Gesamtwirtschaft verwoben. Dies zeigt sich zum einen daran, dass durch die SVI 273.400 Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen bestehen, und zum anderen, dass viele ursprünglich für militärische Zwecke entwickelte Güter auch in anderen Wirtschaftssektoren nicht wegzudenken sind. Des Weiteren gehen 63% der Unternehmen der SVI Kooperationen mit Unternehmen aus anderen Branchen ein, um Forschung an neuen Produkten zu betreiben. Darüber hinaus investieren Unternehmen der SVI mit über sieben Prozent ihres Umsatzes überdurchschnittlich viel in Forschung und Entwicklung. Dies zeigt sich daran, dass das für die Industrie von der EU ausgegebene Ziel, drei Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung auszugeben, um mehr als das Doppelte übertroffen wird. Wegen der hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zählt die SVI zu den Spitzentechnologie-Branchen.

**E**s ist entscheidend, die SVI zu erhalten, da die Bundeswehr ohne diese auf Produkte aus dem Ausland angewiesen wäre. Eine Belieferung aus dem Ausland kommt nicht in Frage, da ausländische Hersteller von ihren Regierungen angewiesen werden, immer nur maximal die zweitbeste Variante eines Produktes zu verkaufen. Zudem werden, wie beim F35 geschehen, „Backdoors“ verbaut, welche dem Verkäuferstaat die Möglichkeit geben, Informationen über Missionen zu gewinnen oder das Produkt lahmzulegen. Statt des Kaufs im Ausland ist theoretisch eine nationale Fertigung ohne Export möglich. Für dieses Vorhaben müsste allerdings der

## Deutsche Wa Pro und



**Felix Haug** ist Juli-Mitglied im Kreisverband Tübingen.

Verteidigungshaushalt erhöht werden, denn der Export von Panzern macht diese durch die Fixkostendegression auch für die Bundeswehr günstiger.

**W**ie oben beschrieben, ist die SVI integraler Bestandteil der Gesamtwirtschaft und wegen ihrer hohen Ausgaben für Forschung ein echter Innovationstreiber der Gesamtwirtschaft. Zudem beliefert sie die Bundeswehr schon seit Jahrzehnten mit Produkten aus der Weltspitze. Ich bin dafür, der SVI mehr Rüstungsexporte zu ermöglichen, da ich davon überzeugt bin, dass sie nur so dauerhaft am Standort Deutschland zu halten sein wird. Ich möchte die SVI in Deutschland halten, weil ich mir sicher bin, dass nur mit ihr als Partner die weltbeste und kosteneffizienteste Ausstattung der Bundeswehr gelingen kann.

# Waffenexporte: Pro Contra



**Sebastian Storz** ist ebenfalls JuLi-Mitglied im Kreisverband Tübingen.

**J**uli 2014: Die irakische Armee gibt überhastet die Stadt Mossul auf. Ihre Ausrüstung und Bewaffnung muss sie zurückerlassen. Eben jene Bewaffnung fällt nun den Islamisten in die Hände, die fortan die bestgerüstete Gruppe in der Region sind. Aber nicht nur auf diese Weise kommt der IS an modernste amerikanische und europäische Waffen. Unter anderem werden aus Deutschland an Assad gelieferte Raketen in Syrien erbeutet oder über amerikanische und russische Zwischenhändler gekauft. Was also tun? Die Antwort der Bundesregierung: Mehr Waffen! Nur eben für die Gegenseite. Und so werden jetzt die Peschmerga-Kämpfer mit europäischen Waffen ausgerüstet. Waffen, mit denen die Kurden selbst die amerikanischen Panzer des IS zerstören können.

**I**soliert betrachtet mag das sogar die richtige Entscheidung gewesen sein. Die Realität ist leider, wie immer, komplizierter. Das Hauptproblem dabei: So läuft es seit Jahrzehnten.

Eine fragwürdige Regierung oder paramilitärische Einheit wird zur Erreichung eines bestimmten moralischen Ziels mit Waffen beliefert, die anschließend in der Krisenregion verbleiben. Werden diese Waffen nun außerhalb des vorgesehenen Zwecks benutzt, macht das eine Bewaffnung der (regelmäßig ebenfalls fragwürdigen) Gegenseite nötig. Und alles beginnt von vorn. Mehr und stärkere Waffen bedeuten mehr und stärkere Konflikte. Dies führt zu weniger Stabilität, mehr Kriegen und dem Bedürfnis nach mehr und stärkeren Waffen. Eine unaufhaltsame Rüstungsspirale, die immer größere Krisen und Leid produziert.

**D**iese Überlegung macht auch deutlich, wie kurzsichtig die deutsche Außenpolitik agiert. Man stelle sich einmal (den nicht so unwahrscheinlichen Fall) vor, aus den Peschmerga-Kämpfern erwächst die nächste Extremistengruppe. Mit modernsten deutschen Waffen. Wie bewaffnen wir dann die Gegenseite? Artilleriegeschütze? Kampfhubschrauber? Mittelstreckenraketen?

**M**an muss heute konstatieren, dass die Strategie der direkten oder indirekten Bewaffnung paramilitärischer Einheiten oder fragwürdiger Regierungen gescheitert ist und vor allem für eines gesorgt hat: Brandbeschleunigung für die Konflikte dieser Welt. Die Rüstungsspirale muss durchbrochen werden. Im aktuellen Jemenkrieg werden deutsche Waffen wieder einmal für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt. Oder anders gesagt: Deutsche Waffenexporte machen die Welt zu einem schlechteren Ort. Schluss damit!

# Democrats 2020 – leichtes Spiel für Trump?

**2020** ist es wieder soweit: die USA wählen ihr neues Staatsoberhaupt. Keine Frage, die Präsidentschaft Donald Trumps hat die Gesellschaft in Amerika zutiefst gespalten. Die Republikaner driften nach rechts, die Demokraten nach links. Über 20 Kandidaten haben für die Demokraten offiziell ihren Wahlkampf aufgenommen, sie alle wollen Donald Trump im Weißen Haus ablösen. Die Primary Elections beginnen am 3. Februar 2020 in Iowa.

## Wer von ihnen hat das Zeug dazu?

**D**a sich nicht alle 24 Kandidaten dieselben, berechtigten Hoffnungen auf das Weiße Haus machen können, beschränken wir uns heute auf die Top Five.

**U**nbestrittener Favorit der Demokraten auf das Weiße Haus ist der ehemalige Vize von Barack Obama, Joe Biden. Biden versteht sich als klassische Gallionsfigur der *Middle-Class Workers*. Er fordert gebührenfreien Zugang zu Hochschulen, eine stärkere Besteuerung von den obersten Einkommensschichten im Rahmen einer Steuerreform, Investitionen in Infrastruktur und Breitbandausbau und staatliche Förderprogramme für Start-ups in allen Bundesstaaten. Biden spricht sich für einen Mindestlohn von 15 US-Dollar pro Stunde aus.

**Ü**ber den Klimawandel oder zum Thema Healthcare bezog Biden keine klare Position, wohlwissend, dass die Wahl am meisten von den Arbeitern der

Mittelschicht abhängt. Genau diese fühlten sich von Obama vernachlässigt und wählten Trump, angesprochen durch seine Ankündigungen: *I'll bring your jobs back. America first.*

**A**n zweiter Stelle der Polls steht der ebenfalls sehr populäre Senator aus Vermont, Bernie Sanders. Dieser steht für *Healthcare for all, College for all, und Jobs for all*. Finanzieren will Sanders seine Ideen durch eine Steuererhöhung von Tech-Konzernen und Millionären (obgleich Sanders einen Privatjet benutzt und durch sein Buch Einnahmen in Millionenhöhe erzielte). Sanders unterstützt den Green New Deal, der u.a. die Subventionen für Agrarkonzerne und Kohleindustrie streicht und Investitionen in die Energiewende vorsieht. Sanders will außerdem die Migration in die USA vereinfachen und z.B. DACA stärken, dass den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt erleichtert.

**A**n dritter Stelle der Umfragen liegt die Senatorin aus Massachusetts und ehemalige Harvard-Professorin Elizabeth Warren. Sie fordert, wie Sanders, eine Superreichensteuer für die 75.000 obersten Einkommen in den USA, um Investitionen in die Gesundheitssysteme, gegen den Klimawandel, und für Kinderfürsorge zu tätigen. Sie erachtet auch eine tiefgreifende *Criminal Justice* Reform für notwendig, ein Ziel, das sie in ihrer gesamten politischen Laufbahn verfolgt hat. Ähnlich wie Sanders will sie das Verteidigungsbudget der USA senken und mehr in den Auswärtigen Dienst investieren. Schließlich seien es die

Kinder der Arbeiter, und nicht die der Millionäre, die im Krieg fallen würden.

**A**n vierter Stelle folgt mein persönlicher Geheimfavorit, der 37-jährige (!) Bürgermeister aus South Bend, Indiana und Afghanistan-Veteran Pete Buttigieg (ausgesprochen: „boot-edge-edge“). Buttigieg zeichnet sich im öffentlichen Auftritt durch eine ruhige, besonnene Art aus: Er ledert nicht gegen Reiche oder attackiert die Trump-Administration, vielmehr fordert er ein Neudenken der Grundsatzfragen der Demokraten, die hinter Forderungen wie Healthcare for all stecken. Buttigieg schlägt Healthcare for all who want it vor: Dieses könnte man nur beanspruchen, wenn der Arbeitgeber keine mindestens gleichwertige Krankenversicherung zahlt. So will er zwischen Wirtschaft und staatlichen Programmen einen Wettbewerb entstehen lassen. Außenpolitisch möchte er „internationale Institutionen erneuern“ und „endlose Kriege beenden“. Außergewöhnlich ist seine Forderung, das Electoral College abzuschaffen.

**A**n letzter Stelle folgt die kalifornische Senatorin Kamala Harris. Auch sie setzt sich für *Criminal Justice Reform*, Healthcare for all, income equality und einen Mindestlohn ein. Ihre Slogans *Fight for the vulnerable* oder *Kamala for the people* lassen sich leicht in die linkspopulistische Schublade einordnen. Sie folgt wie Sanders einer revolutionären Rhetorik und schießt häufig gegen Trump. Ähnlich zu Warren setzt sie sich für finanzielle Gleichheit durch Steuern ein und sieht große Unternehmen als Gegner. Auch deshalb will sie Unternehmen, die den Gender Pay Gap nicht überwinden können, Strafen zahlen lassen, welche wiederum an

die benachteiligten Arbeitnehmerinnen gelangen sollen.

**A**us meiner Sicht sind bis auf Biden und Buttigieg die anderen Kandidaten viel zu links, um gegen Trump eine Mehrheit beschaffen zu können. Es ist symptomatisch für die Demokraten, dass keine Kandidaten ausführliche Ideen zum Ankurbeln der amerikanischen Wirtschaft präsentierten. Wer die Wirtschaft vernachlässigt hat gegen Donald Trump keine Chance – dieser kann immerhin rekordverdächtige Arbeitslosenquoten und ein Anwachsen der amerikanischen Wirtschaft aufweisen (wenn auch unter bedenklicher Erhöhung der Staatsschulden). Seine harte Kante gegenüber NATO und Iran kommt bei seinen Wählern an. Die amerikanische Lobby der Unternehmen ist viel zu riesig, als dass man mit einfachem Feind-Denken eine Wahl gewinnen könnte. Buttigieg und Biden besitzen immerhin ein außergewöhnliches Charisma, und bis zur ersten Wahl bleibt ihnen noch Zeit, um Konzepte zu präsentieren.

**W**er auch immer gegen Donald Trump ins Rennen geht: einfach für sie oder ihn wird es nicht.



**Lionel Chambon** ist JuLi-Mitglied im Kreisverband Reutlingen und im LAK Liberale Schüler aktiv.

# Schweigen ist Silber, Reden ist Gold – Dialog mit Russland wagen

**D**ie Basis von Dialog war schon immer das Eingehen auf die Positionen und Sichtweisen des Anderen. Das Eingehen auf andere Positionen ist immer dann besonders schwierig, wenn sie mit den eigenen unvereinbar sind. Dennoch ist es genau das, was Dialog einerseits reizvoll, aber andererseits auch schwierig macht und es erklärt möglicherweise auch ein Stück weit, warum wir besonders in schwierigen Beziehungen den Austausch vermeiden. In Bezug auf Russland wird dies besonders deutlich.

**S**pricht man offen darüber, dass es an der Zeit sei, eine neue Russland-Politik voranzutreiben, ist man sich schnell der in der deutschen Publizistik hochgezüchteten Bezeichnung des sogenannten „Russland- oder Putin-Verstehers“ sicher. Umgekehrt, in Russland gibt es kein Pendant zu dieser Begrifflichkeit, es gibt nicht den „Deutschland-Versteher“. Aber wenn man einander nicht mal versteht, wie will man dann Dialog führen? Als Anregung an jene, die sich hier wiederfinden, möge die Frage gerichtet sein, was damit bezweckt wird, das „Verstehen“ in einen negativen Kontext zu versetzen.

**G**erade in schwierigen Zeiten, und das wissen wir als Liberale besonders gut, ist der Dialog unerlässlich, auch weil er schon immer einen pragmatischen Lösungsansatz bietet. Vor allem schließt Dialog die Äußerung von Kritik und von unterschiedlichen Auffassungen nicht aus, sondern ausdrücklich ein.

**A**ls Liberale verfolgen wir die Politik Russlands mit großer Sorge. Russland hat seine politische und gesellschaftliche Modernisierung noch vor sich und wir betrachten es zurecht mit Besorgnis, wie seit dem Amtsantritt von Vladimir Putin im Jahr 1999 die Presse- und Meinungsfreiheit systematisch abgeschafft wird, wie Oppositionspolitikern, wie zum Beispiel Alexander Nawalny, die Teilnahme an der politischen Debatte untersagt wird und auch wie die unverhandelbaren Rechte von Minderheiten mit Füßen getreten werden. Selbstverständlich darf kein westlicher Politiker über diese Missstände hinwegsehen.

**D**ie globalen Krisen unserer Zeit können nur mit multilateralem Handeln gelöst werden. Kein Staat der Welt, sicher auch nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, kann die globalen Bedrohungen im Alleingang lösen. Wir werden aber ein stabiles Russland als Partner brauchen, um beispielsweise die Kriege im Nahen und Mittleren Osten, die Millionen von Menschen zur Flucht veranlassen, zu beenden. Angesichts dessen darf es nicht im Interesse Deutschlands, im Interesse der europäischen Union und auch nicht im Sinne der USA sein, dass Russland instabil ist und als Gegner agiert, anstatt als Partner.

**F**ür die Vereinigten Staaten jedoch ist das Verhältnis zu Russland ein Thema globalen Wettbewerbs. Beide Seiten konkurrieren auf einem Level, welches wir als Deutschland allein nie und nur mit der

europäischen Union gemeinsam erreichen können, unter anderem auch mit China über globale Interessen. Daher haben die USA aus macht- und geostrategischen Überlegungen eher Interesse an einem schwachen Russland. Unser deutsches und auch europäisches Interesse unterscheidet sich davon ganz entscheidend. Die Geschichte lehrt, dass immer dann, wenn es um die Beziehung nach Russland schlecht stand, wir unerträgliche Verhältnisse auf unserem Kontinent zu ertragen hatten, die nur in Zeiten guter Beziehungen nach Russland Hoffnung auf Besserung zugelassen haben.

**A**ktuell erleben wir, wie Friedrich Merz es zuletzt betont hatte, die Abkehr der globalen Nachkriegsordnung. Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen unter Präsident Trump ihre strategische Aufgabe in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg als beendet an. Die Chance der Präsidentschaft Trumps liegt unter Umständen darin, uns als Deutsche und als Europäer eigenständiger zu entwickeln und im Hinblick auf Russland unsere Interessen von den geopolitischen Interessen der USA abzukoppeln.

**A**uch wirtschaftspolitisch liegt uns viel an einem guten Verhältnis zu Russland. Deutlich wird dies besonders im ostdeutschen Raum, wo Unternehmer unter den Wirtschaftssanktionen mehr leiden als in Westdeutschland. Auch die kulturellen Verflechtungen sind hier deutlich stärker ausgeprägt als bei uns, lassen wir Baden-Baden als Erholungshort der Russen außen vor. All dies gilt es zu bedenken, wenn wir die weitere Abkehr von Russland fordern.

**N**atürlich gibt es auch gute Gründe für diese Abkehr, das Völkerrecht steht

immer über der Wirtschaft. Trotz der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und des Krieges mit tausenden Toten in der Ukraine bleibe ich Optimist. Uns kann es gelingen, Russland auf Dauer wieder näher an die EU heranzuführen, uns kann es gelingen, auch den Russlanddeutschen wieder einen Platz in unserer Mitte zu geben, und mit Pragmatismus und kleinen Lösungsschritten kann es uns auch gelingen, die großen Konflikte zu lösen.

**D**ie aktuellen Formate des Dialogs müssen bestehen bleiben und alte wieder aufgegriffen werden. Das eine Format, ob bi- oder multilateral, darf ein anderes niemals ausschließen. Die Wiederaufnahme Russlands zur G8 könnte beispielsweise ein kleiner und erster Schritt in die richtige Richtung sein. Über dieses und weitere Formate kann das Vertrauen, welches in der internationalen Politik eine ganz besondere Währung darstellt, ineinander gestärkt werden. Dieses Agieren bedarf Mut, und Mut ist eine gute Tugend.



---

**Sven Nowak** ist Kreisvorsitzender der JuLis Heilbronn und Mitglied im Landesarbeitskreis Europa, Außen & Verteidigung.

# Termine

01.09.2019 | Sitzung des erweiterten Landesvorstands

28. – 29.09.2019 | 76. Landeskongress der JuLis  
Baden-Württemberg

07. – 11.10.2019 | Genf-Exkursion des BAK  
Europa & Internationales

12.10.2019 | Landeshauptausschuss der FDP  
Baden-Württemberg

12. – 13.10.2019 | 59. Bundeskongress der JuLis

05.01.2020 | 120. ordentlicher Landesparteitag der  
FDP Baden-Württemberg

06.01.2020 | Dreikönigskundgebung der FDP  
Baden-Württemberg

## DEIN FEEDBACK



Wie hat dir die Juliette gefallen?  
Was ist deine Reaktion auf das Heft?  
Feedback kannst du jederzeit  
an [goelz@julis-bw.de](mailto:goelz@julis-bw.de) schicken!